

Fragen

**für die Fragestunde der 159. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 23. Februar 2005**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Bergner, Christoph (CDU/CSU)	11, 12	Kretschmer, Michael (CDU/CSU)	1, 2
Binninger, Clemens (CDU/CSU)	34	Löning, Markus (FDP)	28, 29
Burgbacher, Ernst (FDP)	35, 36	Dr. Löttsch, Gesine (fraktionslos)	15, 16
Connemann, Gitta (CDU/CSU)	23, 24	Marschewski, Erwin (Recklinghausen)	3, 4 (CDU/CSU)
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	45	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	41, 42
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	43, 44	Nitzsche, Henry (CDU/CSU)	21, 22
Göbel, Ralf (CDU/CSU)	37, 38	Pau, Petra (fraktionslos)	10, 20
Grindel, Reinhard (CDU/CSU)	30, 31	Roedel, Hannelore (CDU/CSU)	17, 18
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	6, 7	Schummer, Uwe (CDU/CSU)	19
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	5, 27	Spahn, Jens (CDU/CSU)	13, 14
Kaster, Bernhard (CDU/CSU)	39, 40	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) . . .	25, 26
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	8, 9		
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	32, 33		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes .	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

1. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU) Welchen Sachstand hat die Bundesregierung über die aktuelle Situation des Instituts für Angewandte Chemie (ACA) in Berlin-Adlershof sowie dessen geplante Verschmelzung mit dem Leibniz-Institut für Organische Katalyse (ifok) Rostock?

2. Abgeordneter
Michael Kretschmer
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung, um angesichts der für 2006 geplanten Fusion zwischen den beiden Instituten für das laufende Haushaltsjahr eine Grundfinanzierung für das ACA zu gewährleisten bzw. eine alternative finanzielle Hilfe sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

3. Abgeordneter
Erwin Marschewski
(Recklinghausen)
(CDU/CSU) Inwieweit beinhaltet nach den Vorstellungen der Bundesregierung die organisatorische zugleich eine räumliche Zusammenlegung des Westpreußischen Landesmuseums in Münster-Wolbeck mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, und inwieweit werden die Landsmannschaften in die Leitungsgremien der neu zu bildenden Institution integriert?

4. Abgeordneter
Erwin Marschewski
(Recklinghausen)
(CDU/CSU) Wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung zur Zusammenlegung des Westpreußischen Landesmuseums mit dem Ostpreußischen Landesmuseum vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es noch vor 1 1/2 Jahren eine weitreichende Zusage der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Dr. Christina Weiss, über den Fortbestand des Westpreußischen Landesmuseums am Standort Münster gegeben hat und darüber hinaus Planungen für einen Ausbau des Standortes Münster veranlasst worden sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

5. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass die Türkei, entgegen früherer Versprechungen, den christlichen Kirchen keinen öffentlich-rechtlichen Status verleihen will, und was wird die Bundesregierung gegen diese Entscheidung unternehmen (vgl. Pressemitteilung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) vom 8. Dezember 2004)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

6. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung derzeit eine Umgehung der Übergangsregelung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit durch den Einkauf von Dienst- und Werkleistungen gemäß der geltenden Dienstleistungsfreiheit, einschließlich der Nutzung ausländischer Arbeitskräfte, von Unternehmen aus den EU-Beitrittsländern, und wie beurteilt sie diese?
7. Abgeordneter
Klaus Hofbauer
(CDU/CSU)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung für Änderungen der bestehenden Regelungen, insbesondere um schädliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu verhindern bzw. einzuschränken?
8. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Unternehmen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten unter Nutzung der sog. EU-Richtlinie zur Dienstleistungsfreiheit Verträge mit Unternehmen in Sachsen und im Besonderen mit Unternehmen in den Regionen Delitzsch/Eilenburg, Torgau-Oschatz, Riesa-Großenhain geschlossen haben?
9. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Wie viele Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten arbeiten nach Ansicht der Bundesregierung mittels solcher Verträge in Sachsen bzw. in diesen Regionen, und in welchem Umfang ist es aus diesem Grund ggf. schon zu einem Abbau von Arbeitsplätzen gekommen?

10. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(fraktionslos)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass das Sozialgericht Dortmund in einem Beschluss vom 18. Januar 2005 (S 5 AS 1/05 ER) den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgelehnt hat, mit welchem eine Antragstellerin nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) die Gewährung von Leistungen begehrt hat, weil der Partner ein Einkommen in Höhe von 1 270,19 Euro hat und der von ihm freiwillig geleistete Unterhalt für zwei Kinder aus erster Ehe in Höhe von 495,44 Euro nicht als vom Einkommen abzusetzen angesehen wurde, und wenn ja, welchen Handlungsbedarf leitet sie daraus ab?

11. Abgeordneter
**Dr. Christoph
Bergner**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass insbesondere in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit die Lage älterer Arbeitsloser besonders problematisch ist, und wenn ja, in welcher Weise ist die Bundesregierung bereit, diesem Umstand bei der Gestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente Rechnung zu tragen?

12. Abgeordneter
**Dr. Christoph
Bergner**
(CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung zu vermeiden, dass auf Grund der Rechtspflicht nach § 3 Abs. 2 SGB II begrenzt vorhandene Eingliederungsmittel auf Arbeitsuchende unter 25 Jahren konzentriert werden und die Zielgruppe der älteren Arbeitslosen die angestrebte Förderung nicht erhalten kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung

13. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung die erste Übersicht nach § 73 Abs. 1 Arzneimittelgesetz, welcher so seit dem 1. Januar 2004 in Kraft ist, über die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die anderen Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes, in denen für den Versandhandel und den elektronischen Handel mit Arzneimitteln dem deutschen Recht vergleichbare Sicherheitsstandards bestehen, veröffentlichen, und wie sieht bis zu einer Veröffentlichung die rechtliche Situation für ausländische Versandhändler unter Berücksichtigung des Urteils des Kammergerichts Berlin vom 9. November 2004 gegen einen der DocMorris-Mitbegründer aus?

14. Abgeordneter
**Jens
Spahn**
(CDU/CSU)

Warum lässt diese Veröffentlichung trotz mehrfacher Nachfragen und Zusicherungen (vgl. die Antworten der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, Marion Caspers-Merk, vom 10. Oktober 2003 auf meine schriftlichen Fragen 38 und 39 in Bundestagsdrucksache 15/1829 und die Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Dr. Klaus Theo Schröder, vom 22. Januar 2004 auf meine schriftliche Frage 78 in Bundestagsdrucksache 15/2380) noch immer auf sich warten, und wie ist der aktuelle Verfahrensstand?

15. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

In wie vielen Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung eine Unterversorgung an Haus- und Fachärzten, und was wäre aus der Sicht der Bundesregierung nötig, um kurz- und langfristig eine ärztliche Unterversorgung abzubauen bzw. zu verhindern?

16. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(fraktionslos)

Trifft es zu, dass die gemeinsamen Zulassungsausschüsse von Kassenärztlichen Vereinigungen und Kassen Zulassungsanträge für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) nur schleppend bearbeiten, und hält es die Bundesregierung für überlegenswert, bei der Zulassung von MVZ genauso zu verfahren, wie bei Verträgen der integrierten Versorgung gemäß § 140 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch?

17. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Formulierung des § 35 der Änderung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 9. Dezember 2004 dazu führt, dass Ehepartnern von Sozialhilfe beziehenden pflegebedürftigen Heimbewohnern durch die erheblich verschärfte Heranziehung im Extremfall nur noch die Grundsicherung zum Leben bleibt (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 8. Februar 2005, S. 37 und vom 12./13. Februar 2005, S. 45)?

18. Abgeordnete
**Hannelore
Roedel**
(CDU/CSU)

Wenn ja, hält es die Bundesregierung für erforderlich, eine Regelung in das Gesetz einzufügen, so dass die bestehende Rechtsunsicherheit beseitigt wird und eine für die Betroffenen negative Auslegung des Gesetzes nicht mehr vorgenommen werden kann?

- | | |
|---|--|
| 19. Abgeordneter
Uwe Schummer
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung, dass der Anteil der von Armut betroffenen Haushalte in Deutschland von 12,1 Prozent im Jahr 1998 auf 13,5 Prozent gestiegen ist? |
| 20. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos) | Welche konkreten leistungsrechtlichen Folgen hat die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in der ab 1. Januar 2005 geltenden Fassung für Menschen, die bisher im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 30 Abs. 2 und 4 Ausländergesetz (AuslG) bzw. § 32 AuslG waren, und wie viele Personen sind hiervon betroffen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

- | | |
|--|---|
| 21. Abgeordneter
Henry Nitzsche
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die von den Wohnungsunternehmen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) abgerufenen Mittel aus der Altschuldenhilfeverordnung (BGBl. 2000 I, S. 1734) über ein KfW-Eigenmitteldarlehen für die Wohnungsunternehmen zinslos vorzufinanzieren, um ein Stocken bei der Auszahlung der Mittel und damit eine mögliche Verzögerung des Rückbauprozesses zu vermeiden? |
| 22. Abgeordneter
Henry Nitzsche
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, einen vollständigen Abruf bereits bewilligter Stadtumbaumittel in Zukunft sicherzustellen, auch wenn der Eigenanteil der Kommunen von rund 33 Prozent der Fördersumme aufgrund ihrer schwierigen Haushaltslage regelmäßig nicht aufgebracht werden kann, und sind weitere Flexibilisierungen in der Verwaltungsvereinbarung Stadtförderung vom 21. Juni 2004 bei der Aufteilung der Fördermittel nach Aufwertung/Rückbau zu erwarten? |
| 23. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU) | Trifft ein Bericht der „Ems-Zeitung“ vom 14. Februar 2005 zu, wonach Bundeskanzler Gerhard Schröder anlässlich seines Besuches im Emirat Katar Anfang März 2005 eine Absichtserklärung für den Bau einer Magnetschwebbahn, die Katar mit dem Nachbaremirat Bahrain verbinden soll, unterzeichnen wird, und wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung? |

- | | |
|--|---|
| 24. Abgeordnete
Gitta
Connemann
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen hätte ein solcher Auftrag mit einem geschätzten Investitionsvolumen von 4 Mrd. Euro auf die Transrapid-Versuchsanlage Emsland (TVE) in Lathen? |
| 25. Abgeordneter
Peter
Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung beziffern, in welchem Umfang sich seit der Einführung der Lkw-Maut Güterkraftverkehr von der Bundesautobahn A 5 im Abschnitt zwischen Basel und Karlsruhe auf die nutzungsentgeltfreie linksrheinische französische Autobahn 35 verlagert hat, und wenn ja, welcher Minderung der Maut-Einnahmen entspricht diese Verkehrsverlagerung? |
| 26. Abgeordneter
Peter
Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU) | Versucht die Bundesregierung, die Regierung der Französischen Republik dazu zu bewegen, für die französische Autobahn 35 ein Lkw-Maut-System auf der Basis der deutschen Maut-Technologie zu errichten, und wie ist dazu der aktuelle Stand der Verhandlungen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- | | |
|--|---|
| 27. Abgeordneter
Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die menschenrechtliche Arbeit des vom äthiopischen Parlament eingesetzten Ombudsmanns im Rahmen der bilateralen oder multilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen? |
| 28. Abgeordneter
Markus
Löning
(FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Entwicklung der Verschuldungssituation Boliviens nach der Entschuldung im Jahr 2001? |
| 29. Abgeordneter
Markus
Löning
(FDP) | Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der gegenwärtigen Verschuldungssituation in Bolivien für geplante Entschuldungen anderer Länder? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

30. Abgeordneter
**Reinhard
Grindel**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse (Zahl der Teilnehmer, Programm, Kontakt zu Personen von Terrornetzwerken) über „Jugendfreizeiten“ und „Sommercamps“, die von der islamistischen „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) finanziert und veranstaltet werden und die zum Teil auch in arabischen Ländern stattfinden, und wenn ja, welche?
31. Abgeordneter
**Reinhard
Grindel**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit den von der islamistischen Organisation IGMG veranstalteten Jugendfreizeiten Erkenntnisse, inwieweit die diplomatischen Vertretungen der Türkei in Deutschland diese Veranstaltungen unterstützen, und hat die Bundesregierung insbesondere Erkenntnisse über das Verhalten des türkischen Botschafters in Berlin gegenüber der IGMG?
32. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung nach der Einigung der Tarifvertragsparteien, den Arbeitnehmern des Bundes in den Jahren 2005 bis 2007 Einmalzahlungen in Höhe von je 300 Euro pro Jahr zu gewähren, diese Regelung zeit- und wirkungsgleich auf Bundesbeamte übertragen?
33. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Wirksamkeit des mit Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes für das Führen von Gaspistolen erforderlichen „Kleinen Waffenscheins“ im Hinblick auf die ursprünglich angestrebte Verbesserung der inneren Sicherheit?
34. Abgeordneter
**Clemens
Binninger**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die zu erwartenden Kosten für den Druck der neuen Pässe, die biometrische Daten enthalten, bei bis zu 130 Euro pro Pass liegen werden, wenn die Bundesdruckerei diese herstellt, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Kosten in Anbetracht der Tatsache, dass private Wettbewerber den Pass für ein Zehntel dieser Summe drucken könnten (vgl. WirtschaftsWoche vom 17. Februar 2005, S. 8)?

35. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)
- Hält die Bundesregierung nach der Sondersitzung der Innenminister am 11. Februar 2005 an ihrer Absicht fest, im Alleingang ein „Rumpfnetz“ des Bundes beim Digitalfunk für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) einzurichten?
36. Abgeordneter
**Ernst
Burgbacher**
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit seitens des Fußball-Weltverbandes (FIFA) Bedenken gegen die Gewährleistung der Sicherheit bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 unter anderem wegen des fehlenden Digitalfunknetzes und drohender Unzulänglichkeiten bei der Bewältigung eines Großschadenereignisses aufgrund mangelhafter Koordination der Hilfskräfte bestehen?
37. Abgeordneter
**Ralf
Göbel**
(CDU/CSU)
- Welche Kosten kommen auf den Bund zu, wenn der Bund ein digitales Funknetz für Sicherheitsbehörden aufbaut, das 50 Prozent der Fläche eines jeden Bundeslandes einschließlich besonderer Ballungsgebiete abdeckt, und wie werden diese Kosten durch den Bundeshaushalt gedeckt?
38. Abgeordneter
**Ralf
Göbel**
(CDU/CSU)
- Beinhaltet der Vorschlag des Bundesministers des Innern, Otto Schily, wonach der Bund ein digitales Funknetz für Sicherheitsbehörden aufbaut, das 50 Prozent der Fläche eines jeden Bundeslandes einschließlich besonderer Ballungsgebiete abdeckt, dass der Bund über Ausschreibung und Vergabe des Projekts ohne Beteiligung der Länder entscheidet, und welche besonderen Ballungsgebiete sollten nach derzeitiger Planung durch das Funknetz abgedeckt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

39. Abgeordneter
**Bernhard
Kaster**
(CDU/CSU)
- Erwartet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der deutlichen Rückgänge der Tabaksteuereinnahmen nach den zwei Steuererhöhungen im Jahr 2004 auch mit Inkrafttreten der 3. Stufe der Tabaksteuererhöhung am 1. September 2005 einen weiteren Rückgang der Tabaksteuereinnahmen, und wenn nein, warum nicht?

40. Abgeordneter
Bernhard Kaster
(CDU/CSU)
- Wie viele Prozentanteile des 15,8-prozentigen Rückgangs an versteuerten Zigaretten im Jahr 2004 gehen auf einen tatsächlichen Rückgang des Tabakkonsums zurück, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine in 2004 angestiegene Schmuggeltätigkeit in Bezug auf Zigaretten an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland?
41. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- In welcher Art und Weise (juristisch sowie politisch) könnte der Stabilitätspakt geändert werden, und müssten dafür die Rechtstexte geändert werden?
42. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Wäre eine Reform des Stabilitätspaktes auf der nationalen Ebene der EU-Mitgliedstaaten durch die jeweiligen Parlamente zustimmungspflichtig, und falls ja, welche Mehrheiten müssten nach Einschätzung der Bundesregierung im deutschen Gesetzgebungsverfahren erreicht werden?
43. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)
- Hat sich das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zu irgendeinem Zeitpunkt bei der Bundesdruckerei erkundigt, ob Druckausfallmuster der nicht verausgabten Wohlfahrtsmarke 2001 mit dem Motiv „Audrey Hepburn“ die Bundesdruckerei dem BMF tatsächlich geliefert hat, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
44. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)
- Hat sich das BMF zu irgendeinem Zeitpunkt bei der Deutschen Post AG erkundigt, ob Druckausfallmuster der nicht verausgabten Wohlfahrtsmarke 2001 mit dem Motiv „Audrey Hepburn“ tatsächlich dem BMF geliefert wurden, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
45. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)
- Treffen Meldungen zu, dass die Einwohnermeldeämter und das Bundesamt für Finanzen aus technischen Gründen noch keine Daten austauschen können, so dass die Steuernummern erst 2007, und damit nach der nächsten Bundestagswahl, versendet werden und dementsprechend gegenüber Millionen von Rentnerhaushalten, die ab dem 1. Januar 2005 der neuen Besteuerung unterliegen, Nachforderungen des Fiskus entstehen (FOCUS vom 25. Oktober 2004), und wenn ja, wie hoch werden diese voraussichtlich ausfallen?

